

Weiterbildungsordnung der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg

vom 13. Mai 1992 (PZ 27/92 S. 75; DAZ 27/92, S. 1460), geändert durch Satzung vom 10.07.1996 (PZ 30/96, S. 83; DAZ 29/96, S. 55), geändert durch Satzung vom 08.10.1997 (PZ 44/97, S. 107; DAZ 44/97, S. 97), geändert durch Satzung vom 08.12.1997 (PZ 51-52/97, S. 114; DAZ 51-52/97, S. 111), geändert durch Satzung vom 27.07.2001 (PZ 33/01, S. 76; DAZ 32/01, S. 139), geändert durch Satzung vom 18.08.2003 (PZ 35/03, S. 84; DAZ 34/03, S. 100), geändert durch Satzung vom 19.12.2003 (PZ 1-2/04, S. 87; DAZ 1-2/04, S. 108), geändert durch Satzung vom 13.04.2005 (PZ 17/05, S. 101; DAZ 16/05, S. 171), geändert durch Satzung vom 15.09.2006 (PZ 38/06, S. 137; DAZ 38/06, S. 161); geändert durch Satzung vom 13.12.2007 (PZ 51-52/07, S. 94; DAZ 1-2/08, S. 123); geändert durch Satzung vom 11.12.2008 (PZ 51-52/08, S. 114; DAZ 51-52/08, S. 142), geändert durch Satzung vom 16.12.2009 (PZ 01/10, S. 93; DAZ 01/10, S. 88), geändert durch Satzung vom 12.09.2012 (PZ 38/12, S. 92; DAZ 38/12, S. 115), geändert durch Satzung vom 14.01.2014 (PZ 04/14, S. 85), geändert durch Satzung vom 12.01.2016 (PZ 03/16, S. 77), geändert durch Satzung vom 17.10.2018 (PZ 44/18, S. 85), geändert durch Satzung vom 17.09.2019 (PZ 39/19, S. 96)

§ 1 Ziel der Weiterbildung

Ziel der Weiterbildung ist es, Apothekerinnen und Apothekern (im Nachfolgenden Apotheker genannt) nach Abschluss ihrer Berufsausbildung im Rahmen ihrer Berufstätigkeit weitergehende Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen in den Fachgebieten, Schwerpunkten und Bereichen zu vermitteln, für die besondere Bezeichnungen geführt werden können.

§ 2 Fachgebiete, Schwerpunkte und Bereiche der Weiterbildung

(1) Apotheker können sich in folgenden Fachgebieten weiterbilden:

1. Fachgebiet: Allgemeinpharmazie
2. Fachgebiet: Klinische Pharmazie
3. Fachgebiet: Pharmazeutische Analytik und Technologie
4. Fachgebiet: Toxikologie und Ökologie
5. Fachgebiet: Arzneimittelinformation
6. Fachgebiet: Öffentliches Gesundheitswesen

(1a) Der Apotheker kann in folgenden Fachgebieten eine Schwerpunktbezeichnung erlangen, wobei ein Schwerpunkt im Sinne dieser Weiterbildungsordnung ein Teilgebiet im Sinne des 6. Abschnittes des Heilberufe-Kammergesetzes darstellt:

- Fachgebiet Allgemeinpharmazie
- Schwerpunkt Diabetes

(2) In folgenden Bereichen kann eine Weiterbildung erfolgen, die ein Recht zur Führung der entsprechenden Zusatzbezeichnung begründet:

1. Bereich: Prävention und Gesundheitsförderung
2. Bereich: Ernährungsberatung
3. Bereich: Onkologische Pharmazie
4. Bereich: Homöopathie und Naturheilkunde
5. Bereich: Geriatrische Pharmazie
6. Bereich: Infektiologie
7. Bereich: Medikationsmanagement im Krankenhaus

§ 3 Art, Inhalt und Dauer der Weiterbildung

(1) Mit der Weiterbildung kann erst nach Erteilung der Approbation als Apotheker begonnen werden.

(2) Die Weiterbildung dient der Vertiefung von Kenntnissen und Fähigkeiten bei der Entwicklung, Herstellung, Prüfung, Begutachtung und Abgabe von Arzneimitteln sowie der Information und Beratung über Arzneimittel. Sie umfasst auch die Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Umwelt, bezogen auf Arzneimittel sowie Gifte und andere gesundheitsschädliche Stoffe und deren Nachweis sowie notwendige Maßnahmen der Beseitigung und Verhütung von Schäden.

(3) Inhalt, Umfang, Dauer und Ablauf der Weiterbildung in den Fachgebieten, Schwerpunkten und Bereichen sind in der Anlage festgelegt, die Bestandteil dieser Weiterbildungsordnung ist. Die dort

angegebenen Weiterbildungszeiten sind Mindestzeiten. Eine Unterbrechung der Weiterbildung, insbesondere infolge Krankheit, Schwangerschaft, Elternzeit, Sonderurlaub, Wehrdienst oder Ersatzdienst von mehr als einem Monat pro Weiterbildungsjahr kann grundsätzlich nicht auf die Weiterbildungszeit angerechnet werden, es sei denn, dass dies im Einzelfall eine unbillige Härte bedeutet. Die tariflich geregelte Urlaubszeit gilt nicht als Unterbrechung der Weiterbildung.

(4) Die Weiterbildung in den Fachgebieten und Schwerpunkten ist an einer Weiterbildungsstätte im Sinne des § 6 Abs. 1 in hauptberuflicher Stellung und in der Regel ganztägig durchzuführen. Der Beginn, der zeitliche Umfang sowie Änderungen (insbesondere der Wechsel der Weiterbildungsstätte oder des zur Weiterbildung ermächtigten Apothekers) und Unterbrechungen der Weiterbildung sind der Landesapothekerkammer (im Nachfolgenden Kammer genannt) vom Weiterzubildenden unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Ist eine ganztägige Weiterbildung in Vollzeitbeschäftigung aus stichhaltigen Gründen nicht möglich, kann die Weiterbildung auch in Teilzeitbeschäftigung erfolgen, wenn die Gesamtdauer der Weiterbildung hierdurch nicht verkürzt wird und die Teilzeitweiterbildung der Vollzeitweiterbildung qualitativ entspricht; über das Vorliegen dieser Voraussetzungen entscheidet die Kammer. Die wöchentliche Dauer der Teilzeitweiterbildung muss mindestens die Hälfte der wöchentlichen Dauer der tariflich geregelten Vollzeitweiterbildung betragen. Eine Teilzeitweiterbildung kann grundsätzlich nur angerechnet werden, wenn sie vorher der Kammer angezeigt und von dieser als anrechnungsfähig bestätigt worden ist.

(5) Zeiten beruflicher Tätigkeit als Apothekenleiter oder als sachkundige Person nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 AMG oder als Leiter Herstellung oder Leiter Qualitätskontrolle im Sinne von § 2 Ziff. 8 AMWHV sind auf die Weiterbildungszeit anrechnungsfähig; für die Weiterbildung in den Fachgebieten jedoch nur, sofern der ermächtigte Apotheker nicht Mitarbeiter des Apothekenleiters ist.

(6) Soweit die Kammer weiterbildungsbegleitende Veranstaltungen für die einzelnen Fachgebiete, Schwerpunkte und Bereiche durchführt, ist die Teilnahme daran verpflichtend. Weiterbildungsveranstaltungen anderer Institutionen können von der Kammer als gleichwertig anerkannt werden; die Anerkennung soll grundsätzlich vor Beginn der Veranstaltung erfolgen.

(7) Die Landesapothekerkammer Baden-Württemberg erlässt eine ergänzende Richtlinie zur Durchführung der Weiterbildung, bei der sie die Durchführungsempfehlungen der Bundesapothekerkammer zugrunde legt.

(8) Die Weiterbildung in den Schwerpunkten kann im Rahmen der Weiterbildung in dem Fachgebiet durchgeführt werden, dem die Schwerpunkte zugeordnet sind.

§ 4 Bezeichnungen

Für die in § 2 genannten Fachgebiete und Schwerpunkte werden folgende Bezeichnungen festgelegt:

1. Fachapotheker für Allgemeinpharmazie
 - a. Fachapotheker für Allgemeinpharmazie, Schwerpunkt Diabetes
2. Fachapotheker für Klinische Pharmazie
3. Fachapotheker für Pharmazeutische Analytik und Technologie
4. Fachapotheker für Toxikologie und Ökologie
5. Fachapotheker für Arzneimittelinformation
6. Fachapotheker für Öffentliches Gesundheitswesen.

Für Apothekerinnen gilt die weibliche Form der Bezeichnungen nach Satz 1 entsprechend.

§ 5 Führen von Bezeichnungen

(1) Hat ein Apotheker die Anerkennung zur Führung von Fachgebietsbezeichnungen oder Schwerpunktbezeichnungen auf mehreren Fachgebieten oder Schwerpunkten, so darf er diese nebeneinander führen.

(2) Schwerpunktbezeichnungen dürfen nur zusammen mit der zugehörigen Fachapothekerbezeichnung geführt werden.

§ 6 Ermächtigung zur Weiterbildung

(1) Die Weiterbildung in den Fachgebieten und Schwerpunkten wird unter verantwortlicher Leitung der von der Kammer ermächtigten Apotheker in Einrichtungen der Hochschulen und in zugelassenen

Instituten, Apotheken, Krankenhausapotheken, Betrieben der pharmazeutischen Industrie oder sonstigen Einrichtungen (Weiterbildungsstätten) durchgeführt. Die Weiterbildung in Bereichen zum Erwerb von Zusatzbezeichnungen erfolgt durch ermächtigte Apotheker, soweit dies in der Anlage zur Weiterbildungsordnung vorgesehen ist.

(2) Die Ermächtigung zur Weiterbildung kann nur erteilt werden, wenn der Apotheker fachlich und persönlich geeignet ist. Er muss auf seinem Fachgebiet, Schwerpunkt oder in seinem Bereich umfassende Kenntnisse und Erfahrungen besitzen, die ihn befähigen, eine gründliche Weiterbildung zu vermitteln. Die Ermächtigung kann nur für das Fachgebiet, den Schwerpunkt und den Bereich erteilt werden, dessen Bezeichnung der Apotheker führt. Sie kann grundsätzlich nur für ein Fachgebiet, aber mehrere Schwerpunkte erteilt werden. Bei Einführung neuer Bezeichnungen kann von dieser Bestimmung abgewichen werden.

(3) Der ermächtigte Apotheker ist verpflichtet, die Weiterbildung persönlich zu leiten sowie zeitlich und inhaltlich entsprechend dieser Weiterbildungsordnung zu gestalten; hierzu muss er hauptberuflich mindestens die Hälfte der wöchentlichen Dauer der tariflich geregelten Vollzeitbeschäftigung an einer Weiterbildungsstätte im Sinne des Absatz 1 tätig sein. Er hat mit dem Weiterzubildenden nach Maßgabe der von der Kammer erlassenen Richtlinie einen individuellen Weiterbildungsplan zu erstellen und mit ihm regelmäßig Gespräche zum fachlichen Stand der Weiterbildung zu führen. Wird die Ermächtigung mehreren Apothekern an einer Weiterbildungsstätte erteilt, so ist jeder von ihnen für die ordnungsgemäße Durchführung und Überwachung der Weiterbildung verantwortlich.

(4) Die Ermächtigung wird dem Apotheker für einen Zeitraum bis zu sechs Jahren auf Antrag erteilt. Auf Verlangen der Kammer hat der Apotheker, der die Ermächtigung beantragt, Angaben zur Person, zu Art und Umfang seiner Tätigkeit sowie zur Weiterbildungsstätte zu machen. Wesentliche Änderungen sind mitzuteilen. Die wiederholte, ebenfalls befristete Erteilung der Ermächtigung ist zulässig. Der antragstellende Apotheker hat das Fachgebiet, den Schwerpunkt und den Bereich sowie die Weiterbildungszeit, für die er die Ermächtigung beantragt, zu bezeichnen.

(5) Die Kammer führt ein Verzeichnis der ermächtigten Apotheker, aus dem die Weiterbildungsstätte und die Ermächtigung für das Fachgebiet und den Bereich sowie der Umfang und der Zeitraum der

Ermächtigung hervorgehen. Dieses Verzeichnis wird bekannt gemacht.

§ 7

Zulassung von Weiterbildungsstätten

(1) Die Zulassung als Weiterbildungsstätte setzt voraus, dass

1. die dort zu verrichtenden Tätigkeiten nach Inhalt und Umfang dem weiterzubildenden Apotheker die Möglichkeit geben, die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten des Fachgebietes bzw. des Schwerpunktes zu erwerben, auf das sich die Fachgebietsbezeichnung bzw. die Schwerpunktbezeichnung bezieht,
2. ausreichend Fachliteratur zur theoretischen Vertiefung vorhanden ist, die auf dem jeweils aktuellen Stand gehalten wird, geeignete personelle, räumliche und apparative Voraussetzungen gegeben sind und
3. die Weiterbildung in der Regel angemessen vergütet wird.

(2) Die Zulassung als Weiterbildungsstätte wird auf Antrag des Trägers für einen Zeitraum bis zu sechs Jahren rückwirkend zum Ersten des Monats erteilt, in dem der Antrag bei der Kammer eingeht. Der Antrag muss die vollständige Bezeichnung der Weiterbildungsstätte und des Fachgebietes bzw. des Schwerpunktes sowie den Umfang der begehrten Zulassung als Weiterbildungsstätte bezeichnen und darlegen, dass die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen vorliegen. Die wiederholte, ebenfalls befristete Erteilung einer Zulassung als Weiterbildungsstätte ist zulässig.

(3) Der Rechtsträger der Weiterbildungsstätte hat der Kammer wesentliche Änderungen in Struktur, Größe und Ausstattung der Weiterbildungsstätte unverzüglich mitzuteilen.

(4) Die zugelassenen Weiterbildungsstätten werden in einem Verzeichnis bekannt gemacht.

(5) Ist der Weiterzubildende nicht an der Weiterbildungsstätte des ermächtigten Apothekers beschäftigt, unter dessen verantwortlicher Leitung die Weiterbildung durchgeführt wird, muss durch eine schriftliche Vereinbarung zwischen dem ermächtigten Apotheker, dem Weiterzubildenden und seinem Arbeitgeber sichergestellt sein, dass der Weiterzubildende die Gelegenheit erhält, seine theoretischen Kenntnisse, praktischen Erfahrungen und Fertigkeiten zu vertiefen und zu erweitern. Der Arbeitgeber

hat sich in dieser Vereinbarung zu verpflichten, ein gemäß § 9 Abs. 3 erforderliches Zeugnis auszustellen.

§ 8

Aufhebung und Erlöschen der Ermächtigung und der Zulassung als Weiterbildungsstätte

(1) Die Ermächtigung zur Weiterbildung und die Zulassung als Weiterbildungsstätte kann zurückgenommen oder widerrufen werden.

(2) Mit der Beendigung der Tätigkeit eines ermächtigten Apothekers an der Weiterbildungsstätte erlischt seine Ermächtigung zur Weiterbildung.

§ 9

Erteilung von Zeugnissen über die Weiterbildung

(1) Der ermächtigte Apotheker hat dem in Weiterbildung befindlichen Apotheker über die unter seiner Verantwortung abgeleistete Weiterbildungszeit ein Zeugnis auszustellen. Das Zeugnis muss im einzelnen Angaben enthalten über:

1. die Dauer der abgeleisteten Weiterbildungszeiten sowie Unterbrechungen der Weiterbildung,
2. die in dieser Weiterbildungszeit im Einzelnen vermittelten und erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen,
3. die fachliche Eignung.

(2) Der ermächtigte Apotheker hat den Inhalt der regelmäßig stattfindenden Gespräche zum fachlichen Stand der Weiterbildung mit dem Weiterzubildenden sowie die Ergebnisse der vom Weiterzubildenden erfolgreich bearbeiteten theoretischen und praktischen Aufgaben schriftlich zu dokumentieren.

(3) Ist der Weiterzubildende nicht an der Weiterbildungsstätte des ermächtigten Apothekers beschäftigt, unter dessen verantwortlicher Leitung die Weiterbildung durchgeführt wird, so muss abweichend von Absatz 1 der Arbeitgeber des Weiterzubildenden ein Zeugnis mit den Angaben zur Dauer der abgeleisteten Weiterbildungszeit sowie Unterbrechungen der Weiterbildung ausstellen.

(4) Auf Verlangen des Weiterzubildenden ist nach Ablauf je eines Weiterbildungsjahres vom ermächtigten Apotheker, in den Fällen des Absatzes 3 auch vom Arbeitgeber des Weiterzubildenden ein

Zeugnis auszustellen, das vorgenannten Anforderungen entspricht.

§ 10

Anerkennung zur Führung von Bezeichnungen

(1) Eine Bezeichnung nach § 4 darf führen, wer auf Antrag nach abgeschlossener Weiterbildung die Anerkennung durch die Kammer erhalten hat. Dem Antrag sind alle während der Weiterbildung ausgestellten Zeugnisse, Nachweise und Bescheinigungen beizufügen.

(2) Die Entscheidung über den Antrag auf Anerkennung zum Führen einer Bezeichnung nach § 4 trifft die Kammer nach Prüfung der vorgelegten Zeugnisse, Nachweise und Bescheinigungen über den Inhalt, den Umfang und das Ergebnis der Weiterbildung und der erworbenen Kenntnisse in einem Fachgespräch durch einen Prüfungsausschuss.

(3) Die Anerkennung zum Führen der in § 2 Abs. 2 festgelegten Zusatzbezeichnungen erfolgt ohne Fachgespräch, sofern in der Anlage zur Weiterbildungsordnung nichts anderes bestimmt ist. Findet ein Fachgespräch nicht statt, trifft die Kammer die Entscheidung über den Antrag aufgrund der vorgelegten Zeugnisse, Nachweise und Bescheinigungen über die ordnungsgemäß absolvierte Weiterbildung. Bestehen auf Grund der Zeugnisse, Nachweise oder Bescheinigungen Zweifel an der fachlichen Eignung des Antragstellers, kann im Einzelfall die Durchführung eines Fachgesprächs angeordnet werden.

(4) Die Berechtigung eine Bezeichnung zu führen, bleibt grundsätzlich auch bei nachträglicher Änderung der Bezeichnung eines Gebietes, Schwerpunktes oder Bereichs bestehen. Die nach der bisher gültigen Weiterbildungsordnung erworbenen Weiterbildungsbezeichnungen, die nicht mehr Gegenstand dieser Weiterbildungsordnung sind, dürfen weitergeführt werden.

§ 11

Prüfungsausschüsse und Widerspruchsausschüsse

(1) Die Kammer bildet zur Prüfung der vorgelegten Zeugnisse, Nachweise und Bescheinigungen und zur Durchführung der Fachgespräche Prüfungsausschüsse.

(2) Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse bestellt die Kammer. Die Prüfungsausschüsse entscheiden in der Besetzung mit mindestens drei Mitgliedern, von denen zwei die Anerkennung für das zu prüfende Fachgebiet, den Schwerpunkt oder den Bereich besitzen müssen. Die Aufsichtsbehörde kann ein weiteres Mitglied entsenden. Das Fachgespräch kann auch bei Abwesenheit des von der Aufsichtsbehörde entsandten Mitglieds durchgeführt werden. Abweichend von Satz 2 können nach Einführung eines Schwerpunktes, Fachgebietes oder Bereiches, für den die Anlage der Weiterbildungsordnung ein Fachgespräch vorsieht, auch Prüfer zugelassen werden, die die erforderliche Qualifikation im zu prüfenden Schwerpunkt, Fachgebiet oder Bereich anderweitig nachgewiesen haben.

(3) Der Prüfungsausschuss beschließt in nichtöffentlicher Sitzung mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

(4) Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse wählen aus ihrer Mitte für die jeweilige Prüfung den Vorsitzenden, soweit er nicht durch die Kammer bestimmt wurde. Der Vorsitzende soll die Anerkennung für das zu prüfende Fachgebiet, den Schwerpunkt oder den Bereich besitzen.

(5) Die Mitglieder der Prüfungsausschüsse entscheiden unabhängig und sind an Weisungen nicht gebunden.

(6) Zur Beratung bei der Entscheidung über Widersprüche gegen Bescheide nach §§ 10, 12 und 14 wird bei der Kammer ein Widerspruchsausschuss von 3 Mitgliedern und 3 Stellvertretern gebildet. Die Mitglieder wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden. Absatz 3 gilt entsprechend.

(7) Die Bestellung der Mitglieder der Prüfungsausschüsse sowie der Mitglieder und Stellvertreter des Widerspruchsausschusses erfolgt für die Dauer von fünf Jahren durch die Kammer.

(8) Mitglieder eines Prüfungsausschusses können nicht gleichzeitig Mitglieder des Widerspruchsausschusses sein.

§ 12

Zulassung zum Fachgespräch

(1) Über die Zulassung zum Fachgespräch entscheidet die Kammer.

(2) Die Zulassung wird ausgesprochen, wenn die Weiterbildung ordnungsgemäß absolviert und durch Zeugnisse gemäß § 9 sowie Bescheinigungen über die Teilnahme an den vorgeschriebenen Seminaren belegt ist.

(3) Weiterzubildende, die sich bei Inkrafttreten dieser Weiterbildungsordnung in einer Fachapothekerweiterbildung befinden, können diese innerhalb einer Frist der zweifachen Mindestweiterbildungszeit nach den Bestimmungen der bisher gültigen Weiterbildungsordnung abschließen und die Zulassung zur Prüfung beantragen.

(4) Eine Ablehnung der Zulassung ist dem Antragsteller mit Begründung schriftlich mitzuteilen. Gegen den Bescheid kann der Antragsteller innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe Widerspruch einlegen. Über den Widerspruch entscheidet die Kammer nach Anhörung des Widerspruchsausschusses.

(5) Die Zulassung ist zurückzunehmen, wenn ihre Voraussetzungen nicht gegeben waren.

§ 13

Fachgespräch

(1) Das Fachgespräch dient der Feststellung, ob der Antragsteller die als Voraussetzung für die Anerkennung vorgeschriebenen besonderen oder zusätzlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat. Die Kammer setzt den Termin des Fachgesprächs im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses fest. Der Antragsteller ist zum festgesetzten Termin mit einer Frist von mindestens zwei Wochen zu laden. Das Fachgespräch soll in angemessener Frist nach der Zulassung stattfinden.

(2) Das Fachgespräch soll für jeden Antragsteller in den Fachgebieten in der Regel 30 Minuten, in den Schwerpunkten und Bereichen in der Regel 15 Minuten dauern. Mehr als zwei Antragsteller sollen nicht gleichzeitig geprüft werden.

(3) Der Nachweis über Inhalt, Umfang und Ergebnis der Weiterbildung erfolgt durch Vorlage der Zeugnisse und der Bescheinigungen nach § 9 sowie durch Darlegung der erworbenen Kenntnisse in einem Fachgespräch vor dem Prüfungsausschuss. Nach Abschluss des Fachgesprächs entscheidet der Prüfungsausschuss, ob der Antragsteller die Weiterbildung erfolgreich abgeschlossen und die vorgeschriebenen besonderen oder zusätzlichen

Kenntnisse und Fähigkeiten in dem von ihm gewählten Fachgebiet, Schwerpunkt oder Bereich erworben hat. Über Ablauf und Ergebnis der Prüfung ist ein Protokoll zu fertigen. Das Protokoll ist von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

(4) Kommt der Prüfungsausschuss zu dem Ergebnis, dass die Weiterbildung nicht erfolgreich abgeschlossen wurde, kann er vorschlagen, die vorgeschriebene Weiterbildungszeit um mindestens drei und höchstens zwölf Monate zu verlängern. Er kann zusätzlich vorschlagen, besondere Anforderungen an die Inhalte dieser Weiterbildungszeit zu stellen. Kommt eine Verlängerung der Weiterbildungszeit im begründeten Einzelfall nicht in Betracht, so kann der Prüfungsausschuss als Voraussetzung für eine Wiederholung des Fachgesprächs Auflagen festsetzen.

(5) Wenn der Antragsteller ohne ausreichenden Grund dem Fachgespräch fernbleibt oder es ohne ausreichenden Grund abbricht, kann er frühestens zum nächsten stattfindenden Fachgespräch zugelassen werden.

§ 14

Entscheidung über die Anerkennung

(1) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses teilt der Kammer das Ergebnis des Fachgesprächs mit.

(2) Ist die Weiterbildung erfolgreich abgeschlossen, stellt die Kammer dem Antragsteller eine Urkunde über das Recht zum Führen der Bezeichnung aus.

(3) Ist die Weiterbildung nicht erfolgreich abgeschlossen, erteilt die Kammer dem Antragsteller einen schriftlichen Bescheid einschließlich der vom Prüfungsausschuss beschlossenen Auflagen.

(4) Gegen den Bescheid der Kammer nach Absatz 3 kann der Antragsteller innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe bei der Kammer Widerspruch einlegen. Über den Widerspruch entscheidet die Kammer nach Anhörung des Widerspruchsausschusses.

§ 15

Wiederholung des Fachgesprächs

Ein nicht erfolgreich abgeschlossenes Fachgespräch kann erstmals zum nächsten stattfindenden Fachgespräch, jedoch frühestens nach drei Monaten wiederholt werden. Für die Wiederholung des Fachgesprächs gelten die §§ 11 bis 14 sinngemäß.

§ 16

Anerkennung bei abweichendem Weiterbildungsgang

(1) Wer in einem von § 3 abweichenden Weiterbildungsgang eine Weiterbildung abgeschlossen hat, erhält auf Antrag die Anerkennung durch die Kammer, wenn die Weiterbildung gleichwertig ist. Auf das Verfahren der Anerkennung finden die §§ 10 - 15 entsprechende Anwendung.

(2) Eine nicht abgeschlossene, eine von § 3 abweichende oder eine abgeschlossene, aber nicht gleichwertige Weiterbildung kann unter vollständiger oder teilweiser Anrechnung der bisher abgeleiteten Weiterbildungszeiten nach den Vorschriften dieser Weiterbildungsordnung abgeschlossen werden. Über die Anrechnung der bisher abgeleiteten Weiterbildungszeiten entscheidet die Kammer.

§ 17

Anerkennung von Weiterbildungen aus Mitgliedstaaten, EWR-Staaten, Vertragsstaaten und Drittstaaten

(1) Wer ein fachbezogenes Diplom, ein fachbezogenes Prüfungszeugnis oder einen sonstigen fachlichen Ausbildungsnachweis (Weiterbildungsnachweis) aus dem Gebiet der Europäischen Union (Mitgliedstaat) oder des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR-Staat) oder aus einem Staat, dem Deutschland und die Europäische Union einen entsprechenden Rechtsanspruch eingeräumt haben (Vertragsstaat) besitzt, erhält auf Antrag die Anerkennung als Fachapotheker, wenn die Gleichwertigkeit des Weiterbildungsstandes gegeben ist.

Gleiches gilt bei Vorliegen eines Weiterbildungsnachweises aus einem anderen als den in Satz 1 genannten Gebieten (Drittstaat), der durch einen anderen Mitglied-, EWR- oder Vertragsstaat anerkannt worden ist, wenn der Antragsteller drei Jahre die betreffende pharmazeutische Tätigkeit im Hoheitsgebiet des Mitglied-, EWR- oder Vertragsstaates ausgeübt hat, der diesen Nachweis anerkannt

und die zuständige Behörde oder eine andere zuständige Stelle dieses Staates ihm dies bescheinigt hat.

Diese Personen führen die dafür in dieser Weiterbildungsordnung vorgesehene Bezeichnung.

(2) Der Weiterbildungsstand ist als gleichwertig anzusehen, wenn die Weiterbildung des Antragstellers keine wesentlichen Unterschiede gegenüber der Weiterbildung nach dieser Weiterbildungsordnung aufweist; zudem muss die Gleichwertigkeit der vorangegangenen pharmazeutischen Grundausbildung durch die zuständige Behörde festgestellt werden.

Wesentliche Unterschiede liegen vor, wenn in der nachgewiesenen Weiterbildung Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten fehlen, deren Erwerb eine wesentliche Voraussetzung für die beantragte Bezeichnung ist. Wesentliche Unterschiede können ganz oder teilweise durch Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten ausgeglichen werden, die von den Antragstellern im Rahmen ihrer Berufspraxis in einem Mitgliedstaat, einem EWR-Staat, einem Vertragsstaat oder einem Drittstaat erworben wurden. Wurden wesentliche Unterschiede nicht durch Berufspraxis ausgeglichen, ist hierüber ein Bescheid verbunden mit dem Angebot einer Eignungsprüfung oder eines höchstens dreijährigen Anpassungslehrgangs zu erteilen. Hierin sind die Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten mitzuteilen, in denen wesentliche Unterschiede bestehen und auf die sich die Eignungsprüfung oder der Anpassungslehrgang erstrecken soll.

Für die Eignungsprüfung gelten die §§ 10 bis 15 entsprechend. Als Anpassungslehrgang wird die Teilnahme an der regulären Weiterbildung mit Abschlussprüfung vorgeschrieben. Der Antragsteller wählt in eigener Verantwortung eine zugelassene Weiterbildungsstätte. Die Kammer entscheidet im Einzelfall über die Dauer und den Inhalt der Weiterbildung sowie über die Teilnahme an den begleitenden Seminaren.

(3) Die Kammer bestätigt innerhalb eines Monats den Eingang der Antragsunterlagen und teilt mit, welche Unterlagen fehlen. Spätestens drei Monate nach Eingang der vollständigen Unterlagen ist über die Anerkennung zu entscheiden. In Fällen, in welchen eine Eignungsprüfung angestrebt ist, verlängert sich die Frist um einen Monat innerhalb derer über die Durchführung der Eignungsprüfung zu entscheiden ist. Ist eine Eignungsprüfung zu absolvieren, so muss diese innerhalb von 6 Monaten ab dem Zugang dieser Entscheidung abgelegt werden können.

(4) Die Apothekerkammer erteilt auf Anfrage Auskunft zur Weiterbildungsordnung und zum Verfahren der Anerkennung. Für die Anerkennung der Weiterbildungsnachweise sind vom Antragsteller unter anderem folgende Unterlagen und Bescheinigungen vorzulegen:

1. die Approbation,
2. ein Identitätsnachweis,
3. eine tabellarische Aufstellung über die absolvierte Weiterbildung und die Berufspraxis,
4. eine amtlich beglaubigte Kopie der Weiterbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Berufspraxis,
5. für den Fall, dass in einem anderen Mitgliedstaat, EWR-Staat oder Vertragsstaat ein Nachweis über eine Weiterbildung ausgestellt wird, die ganz oder teilweise in Drittstaaten absolviert wurde, Unterlagen darüber, welche Tätigkeiten in Drittstaaten durch die zuständige Stelle des Ausstellungsmitgliedstaates in welchem Umfang auf die Weiterbildung angerechnet wurden,
6. eine schriftliche Erklärung, ob die Anerkennung der Weiterbildungsnachweise bereits bei einer anderen Apothekerkammer beantragt wurde oder wird.
7. Soweit die genannten Unterlagen und Bescheinigungen nicht in deutscher Sprache ausgestellt sind, sind sie zusätzlich in beglaubigter Übersetzung vorzulegen, die durch einen öffentlich bestellten oder beeidigten Übersetzer oder Dolmetscher erstellt wurde.

(5) Der Antragsteller ist verpflichtet, alle für die Ermittlung der Gleichwertigkeit notwendigen Unterlagen vorzulegen sowie alle dazu erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Kommt der Antragsteller dieser Mitwirkungspflicht nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erschwert, kann die Kammer ohne weitere Ermittlungen entscheiden. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller in anderer Weise die Aufklärung des Sachverhalts erschwert. Der Antrag kann wegen fehlender Mitwirkung abgelehnt werden, nachdem der Antragsteller auf die Folge schriftlich hingewiesen worden ist und der Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer angemessenen Frist nachgekommen ist.

Ist der Antragsteller aus Gründen, die er darzulegen hat, nicht in der Lage, die notwendigen Unterlagen und Bescheinigungen vorzulegen, kann sich die Kammer an die Kontaktstelle, die zuständige Behörde oder an eine andere zuständige Stelle des Herkunftsstaates wenden.

(6) Die Kammer darf Auskünfte von den zuständigen Behörden oder von anderen zuständigen Stellen eines anderen Herkunftsstaates einholen, soweit sie berechnigte Zweifel an der Richtigkeit der Angaben des Antragstellers hat.

(7) Wer einen Weiterbildungsnachweis besitzt, der in einem Drittstaat ausgestellt wurde, erhält auf Antrag die Anerkennung der Bezeichnung, wenn die Gleichwertigkeit des Weiterbildungsstandes gegeben ist. Diese Personen führen die dafür in dieser Weiterbildungsordnung vorgesehene Bezeichnung. Für die Überprüfung der Gleichwertigkeit gilt Absatz 2 entsprechend. Der Nachweis der erforderlichen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten wird durch das Ablegen einer Eignungsprüfung über den Inhalt des gesamten Fachgebiets erbracht. Für die Eignungsprüfung gelten die §§ 10 bis 15 entsprechend.

Die erforderlichen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten sind nach Absatz 2 auch nachzuweisen, wenn die Prüfung des Antrags nur mit unangemessenem zeitlichen oder sachlichen Aufwand möglich ist, weil die erforderlichen Unterlagen und Nachweise aus Gründen, die nicht in der Person des Antragstellers liegen, von diesem nicht vorgelegt werden können. Für das Anerkennungsverfahren gelten die Vorschriften über Fristen, Unterlagen und Bescheinigungen sowie Auskünfte nach den Absätzen 3 bis 6 entsprechend.

§ 18

Aufhebung der Anerkennung einer Bezeichnung

(1) Die Anerkennung zum Führen einer Bezeichnung kann zurückgenommen beziehungsweise widerrufen werden, wenn die für die Erteilung erforderlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren. Vor der Entscheidung der Kammer über die Aufhebung sind der Betroffene und der Prüfungsausschuss zu hören.

(2) In dem Aufhebungsbescheid ist festzulegen, welche Anforderungen zu stellen sind, bevor der betroffene Apotheker einen erneuten Antrag auf Anerkennung stellen kann. Für den Bescheid und das Verfahren findet im Übrigen § 14 Abs. 3 und 4 entsprechende Anwendung.

§ 19

Übergangsbestimmungen

(1) Wer bei Inkrafttreten der Weiterbildungsordnung*) bereits als Apotheker in einem Fachgebiet hauptberuflich tätig ist, kann nach einer mindestens 6-jährigen ganztägigen Berufstätigkeit in diesem Fachgebiet und dem Besuch von zwei anerkannten Weiterbildungsveranstaltungen abweichend von den übrigen Bestimmungen der Weiterbildungsordnung die Anerkennung zum Führen der Bezeichnung dieses Fachgebiets erwerben. Auf diese Zeit wird Teilzeitarbeit entsprechend ihrer Dauer angerechnet. Der Antrag auf Anerkennung kann frühestens 1 Jahr, spätestens 6 Jahre nach Inkrafttreten dieser Weiterbildungsordnung gestellt werden. Diese Frist verlängert sich aufgrund von Unterbrechungen der Berufstätigkeit infolge von Mutterschutz, Erziehungsurlaub, Wehr- oder Zivildienst, Krankheit oder Sonderurlaub um die einer solchen Fehlzeit entsprechende Zeit. Für Fachgebiete, für die erst zu einem späteren Zeitpunkt nach Inkrafttreten der Weiterbildungsordnung die Weiterbildung möglich ist, gilt Entsprechendes. Im Rahmen der Übergangsbestimmungen können auch von der Kammer als gleichwertig anerkannte Weiterbildungsveranstaltungen, die seit 01.01.1989 besucht wurden, berücksichtigt werden.

*) 01. Juli 1992

(2) Die Kammer kann während der Übergangszeit nach Absatz 1 Satz 3 die Prüfungsausschüsse in Abweichung von § 11 auf Widerruf auch mit Apothekern besetzen, die die Anerkennung für das zu prüfende Fachgebiet oder den Bereich noch nicht besitzen, aber auf Grund ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit als Prüfer geeignet sind.

(3) Die Ermächtigung zur Weiterbildung kann während der Übergangszeit nach Absatz 1 Satz 3 entgegen § 6 dieser Weiterbildungsordnung an Apotheker erteilt werden, die eine Bezeichnung des entsprechenden Fachgebiets oder Bereichs nicht führen, aber mindestens sechs Jahre in einem Gebiet oder Bereich hauptberuflich tätig waren. Eine nach diesen Bestimmungen erteilte Ermächtigung erlischt sechs Jahre nach Inkrafttreten dieser Weiterbildungsordnung. Die erneute Erteilung für weitere sechs Jahre ist ausnahmsweise möglich.

(4) Wer bereits am 1. April 1998 als Apothekerin oder Apotheker im öffentlichen Gesundheitswesen tätig war, kann nach einer mindestens sechsjährigen hauptberuflichen, ganztägigen Tätigkeit in einer Einrichtung des öffentlichen Gesundheitswesens

sowie dem Nachweis der Teilnahme an einem Einführungslehrgang der Landesverwaltung Baden-Württemberg oder an einem vergleichbaren Verwaltungslehrgang abweichend von den übrigen Bestimmungen der Weiterbildungsordnung auf Antrag die Berechtigung zum Führen der Fachgebietsbezeichnung „Öffentliches Gesundheitswesen“ erwerben. Bei einer mindestens zwölfjährigen hauptberuflichen und ganztägigen Tätigkeit als Apothekerin oder Apotheker in einer Einrichtung des öffentlichen Gesundheitswesens braucht die Teilnahme an einem Lehrgang im Sinne des Satzes 1 nicht nachgewiesen werden. Absatz 1 Satz 2 gilt jeweils entsprechend. Anträge sind spätestens bis zum 31. März 2004 zu stellen. Wer seine Weiterbildung im Fachgebiet „Öffentliches Gesundheitswesen“ nach dem 1. April 1998, jedoch vor Inkrafttreten dieser Satzung begonnen hat, kann diese nach den Bestimmungen des Sozialministeriums über die Weiterbildung von Apothekerinnen und Apothekern im Fachgebiet „Öffentliches Gesundheitswesen“ nach § 49 Abs. 2 des Kammergesetzes vom 2. März 1998 (GABl. Seite 263) oder nach dieser Weiterbildungsordnung fortsetzen.

(5) Weiterzubildende, die sich am 30. September 2003 in der Weiterbildung befinden, können diese auf Antrag nach den bis dahin geltenden Bestimmungen der Weiterbildungsordnung der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg abschließen.

(6) Wer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens bereits als Apotheker tätig und Mitglied der Kammer ist, kann auf Antrag die Anerkennung zum Führen der Schwerpunktbezeichnung erhalten, wenn er die Voraussetzung zum Führen der Fachgebietsbezeichnung Allgemein- bzw. Offizinpharmazie erfüllt und zum Zeitpunkt des Inkrafttretens die Zertifikatfortbildung „Diabetes“ gemäß Curriculum der Bundesapothekerkammer abgeschlossen hat, sofern die Zertifikatfortbildung nach dem 1.1.2010 abgeschlossen wurde. Wer die Zertifikatfortbildung „Diabetes“ vor dem 01.01.2010 erfolgreich abgeschlossen hat, erhält die Anerkennung zum Führen auf Antrag, wenn er nach dem 1.1.2014 ein von der Kammer anerkanntes 6-stündiges Auffrischungsseminar besucht hat.

§ 20

Verwaltungsgebühren

Die Verwaltungsgebühren richten sich nach der Gebührenordnung der Kammer.

§ 21

Inkrafttreten

Nicht abgedruckt.*

* Die Regelung bezieht sich auf das Inkrafttreten der Weiterbildungsordnung vom 13. Mai 1992.

Anlage zur Weiterbildungsordnung der Landesapothekerkammer Baden-Württemberg

FACHGEBIETE

1. Fachgebiet Allgemeinpharmazie

Allgemeinpharmazie ist das Fachgebiet der Pharmazie, das die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten zur Behandlung und Prävention von Krankheiten umfasst.

Dazu zählen vor allem die pharmazeutische Information und Beratung der Patienten und von Angehörigen der Heilberufe, das Medikationsmanagement zur Optimierung der Arzneimitteltherapie sowie die qualitätsgesicherte Herstellung, Prüfung und Lagerung der Arzneimittel.

Weiterbildungsziele:

Erweiterte und vertiefte Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten für die pharmazeutische Praxis einschließlich des Erwerbs von Managementkompetenzen und persönlichen Kompetenzen, insbesondere

- für die Beurteilung, Auswahl und Anwendung von Arzneimitteln, einschließlich der Erkennung, Lösung und Prävention unerwünschter Arzneimittelwirkungen,
- für die Recherche und Bewertung von Informationen über Arzneimittel und Arzneimitteltherapien und der Ableitung geeigneter Maßnahmen und Empfehlungen
- für das Medikations- und Interaktionsmanagement in der Apotheke mit dem Ziel, die Arzneimitteltherapie hinsichtlich Erfolg, Sicherheit und Konkordanz zu optimieren,
- in Krankheitslehre und Arzneimitteltherapie,
- in der qualitätsgesicherten Herstellung von Arzneimitteln in Apotheken,
- in der Beurteilung, Auswahl und Anwendung von Medizinprodukten,
- in der betriebswirtschaftlichen Organisation und Leitung der Apotheke,
- für die Mitarbeiterführung in der Apotheke,
- für die adressatengerechte Kommunikation mit Patienten, Pflegekräften, Ärzten und Angehörigen anderer Heilberufe,

- in der Beurteilung, Förderung und Durchführung von Maßnahmen der Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung einschließlich physiologisch-chemischer und anderer Screening-Verfahren,
- in der Lieferung, Überwachung und Beratung zu Arzneimitteln und Medizinprodukten außerhalb der Apotheke,
- in den Grundlagen des qualitätsgesicherten Arbeitens in der Apotheke sowie für die Implementierung und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements.

Weiterbildungszeit und -ort:

36 Monate in einer öffentlichen Apotheke einschließlich des Besuchs der von der Kammer vorgeschriebenen Weiterbildungsveranstaltungen.

Ein Wechsel der Weiterbildungsstätte ist nur dann erforderlich, wenn die Zulassung der Weiterbildungsstätte eingeschränkt ist.

Anrechenbare Weiterbildungszeiten:

Bis zu 12 Monate einer Weiterbildung

- in Klinischer Pharmazie oder
- in Arzneimittelinformation,

bis zu 6 Monate einer Weiterbildung

- in Pharmazeutischer Technologie oder
- in Pharmazeutischer Analytik oder
- in Pharmazeutischer Analytik und Technologie oder
- in Öffentlichem Gesundheitswesen

2. Fachgebiet: Klinische Pharmazie

Klinische Pharmazie ist das Fachgebiet der Pharmazie, das die Versorgung aller Patienten gemäß § 14 Apothekengesetz mit Arzneimitteln und sonstigen Produkten des medizinischen Sachbedarfs sowie die zugehörige pharmazeutische Betreuung umfasst. Der Fachapotheker für Klinische Pharmazie sorgt für den wirksamen, sicheren und wirtschaftlichen Einsatz der Arzneimittel und Medizinprodukte in seinem Versorgungsbereich. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere Beschaffungsmanagement, Arzneimittelherstellung, -prüfung, -distribution, -lagerung, -information und -beratung, Verbrauchcontrolling, patientenbezogene klinisch-pharmazeutische Dienstleistungen und die Entwicklung und

Umsetzung von Maßnahmen, die eine optimale Arzneimitteltherapie gewährleisten.

Weiterbildungsziele:

Erwerb und Weiterentwicklung eingehender Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen, so dass der Fachapotheker für Klinische Pharmazie:

- detaillierte Kenntnisse zur klinischen Anwendung der im Krankenhaus eingesetzten Arzneimittel hat,
- individuelle und allgemeine Therapieempfehlungen unter Berücksichtigung evidenzbasierter Kriterien und patientenindividueller Parameter erstellt,
- Patienten des Krankenhauses im Rahmen des Medikationsmanagements pharmazeutisch betreut,
- individuelle und allgemeine Empfehlungen zum Umgang mit und zur Applikation von Arzneimitteln für das Pflegepersonal erstellt,
- Besonderheiten der Ernährung wichtiger Patientengruppen kennen,
- Unterschiedliche Kommunikationstechniken für die Beratung und Schulung von Patienten, Ärzten, Pflegekräften und pharmazeutischem Personal sowie für die Leitung von Sitzungen zielgruppenspezifisch anwendet,
- Herstellungs- und Prüfungsanweisungen nach anerkannten pharmazeutischen Regeln für patientenindividuelle Zubereitungen und Defekturmittel selbstständig erarbeitet,
- unterschiedliche Arzneiformen in der nach der pharmazeutischen Wissenschaft erforderlichen Qualität sowie Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika herstellt, diese prüft und die Herstellungs- und Prüfungsvorgänge dokumentiert,
- die qualitative und ökonomische Warenbewirtschaftung des medizinischen Sachbedarfs sicherstellt,
- bei der Auswahl der Arzneimittel des Krankenhauses entscheidend mitwirkt und sicherstellt, dass diese unter Beachtung von Effektivität, Sicherheit und Ökonomie bewertet werden,
- medizinische und pharmazeutische Informationen insbesondere zu Arzneimitteln recherchiert, bewertet, kommuniziert und dokumentiert,
- die über die jeweilige Apotheke beschafften Medizinprodukte, In-vitro-Diagnostika und diäteti-

schen Lebensmittel hinsichtlich ihres sachgerechten Umgangs und ihrer Anwendung beurteilt,

- pharmazeutische Dienstleistungen in geeigneter Form dokumentiert,
- die gesetzlichen und betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Krankenhauses und Gesundheitswesens kennt und die Tätigkeiten der Apotheke in diese einordnet,
- operative und strategische Managementaufgaben hinsichtlich der Erbringung pharmazeutischer Leistungen erfüllt,
- zur Auswahl und Durchführung geeigneter Maßnahmen zur Erhöhung der Arzneimitteltherapiesicherheit beiträgt,
- die Aufgaben des Apothekers bei der Durchführung klinischer Prüfungen kennt,
- Informationen über Arzneimittelrisiken erkennt, sammelt und bewertet und adäquate Maßnahmen zur Risikominimierung ergreift,
- im Antibiotic Stewardship-Team mitarbeitet bzw. die Aufgaben gemäß Infektionsschutzgesetz wahrnimmt und Ärzte und Pflegepersonal hinsichtlich der Auswahl und der Anwendung der Antinfektiva und Desinfektionsmittel berät,
- bei der Qualitätssicherung aller arzneimittelbezogenen Prozesse im Krankenhaus mitwirkt.

Weiterbildungszeit und -ort:

36 Monate in einer Krankenhausapotheke, einer krankenhausversorgenden Apotheke oder einer Bundeswehrkrankenhausapotheke einschließlich der von der Kammer vorgeschriebenen Weiterbildungsveranstaltungen und dem Nachweis geforderter praktischer Tätigkeiten an der Weiterbildungsstätte. Ein Wechsel der Weiterbildungsstätte ist nur dann erforderlich, wenn die Zulassung der Weiterbildungsstätte eingeschränkt ist.

Anrechenbare Weiterbildungszeiten:

Bis zu 12 Monate einer Weiterbildung

- in Allgemeinpharmazie oder
- in Pharmazeutischer Technologie oder
- in Pharmazeutischer Analytik oder
- in Pharmazeutischer Analytik und Technologie oder
- in Arzneimittelinformation,

bis zu 6 Monate einer Weiterbildung

- in Öffentlichem Gesundheitswesen

3. Fachgebiet: Pharmazeutische Analytik und Technologie

Pharmazeutische Analytik und Technologie ist das Fachgebiet der Pharmazie, das sich mit der Entwicklung, Produktion, Prüfung und Qualitätssicherung von Arzneimitteln und Medizinprodukten im industriellen Maßstab befasst. Dabei sind von besonderer Bedeutung:

- die Überführung eines Stoffes oder Stoffgemisches in eine therapeutisch anwendbare Arzneiform mit dem Ziel, eine optimale Wirksamkeit, Verträglichkeit und Stabilität zu erreichen,
- die Entwicklung, Validierung und Anwendung geeigneter Herstellungstechniken und die Etablierung im kommerziellen Produktionsmaßstab,
- die Charakterisierung, Spezifizierung, Prüfung, Bewertung und Dokumentation der pharmazeutischen Qualität von Wirkstoffen, Hilfsstoffen, Ausgangsmaterialien, Arzneizubereitungen und Medizinprodukten unter Berücksichtigung des rechtlichen Rahmens,
- die Entwicklung, Validierung und Anwendung analytischer Verfahren nach dem allgemein anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik und
- die Entwicklung, Implementierung und Anwendung geeigneter qualitätssichernder Verfahren.

Weiterbildungsziele:

Erwerb und Weiterentwicklung eingehender Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen, so dass der Fachapotheker für Pharmazeutische Analytik und Technologie:

- Arzneiformen entwickelt mit dem Ziel, die optimale Qualität, Wirksamkeit, Sicherheit und Anwenderfreundlichkeit zu erreichen,
- geeignete Herstellungstechniken unter Auswahl geeigneter Materialien entwickelt, validiert und anwendet und diese im Produktionsmaßstab etabliert,
- physikalische, chemische, biologische, biochemische und mikrobiologische Analysenmethoden entwickelt, validiert, anwendet und bewertet und

- die Ergebnisse auf Grundlage der erhaltenen und dokumentierten Daten beurteilt,
- die Qualität von Stoffen, Stoffgemischen, Ausgangsmaterialien, Zwischenprodukten, Arzneimitteln und Medizinprodukten sowie Packmitteln charakterisiert, spezifiziert und bewertet,
- die regulatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt,
- adäquate Qualitätssicherungssysteme anwendet,
- interdisziplinär mit Forschung und Entwicklung, Produktion und Qualitätskontrolle/-sicherung, Zulassung und Management zusammenarbeitet und dabei seine Fachkenntnisse einbringt.

Weiterbildungszeit und -ort:

36 Monate in geeigneten Einrichtungen der Pharmazeutischen Analytik und Technologie einschließlich des Besuchs der von der Kammer vorgeschriebenen Weiterbildungsveranstaltungen. Ein Wechsel der Weiterbildungsstätte ist nur dann erforderlich, wenn die Zulassung der Weiterbildungsstätte eingeschränkt ist.

Als Weiterbildungsstätten kommen pharmazeutische Betriebe, analytische und pharmazeutisch-technologische Laboratorien, pharmazeutische Universitätsinstitute und entsprechende Einrichtungen der Bundeswehr in Frage, soweit diese nachweislich die Weiterbildungsziele vermitteln können. Die jeweils anererkennungsfähige Weiterbildungszeit an den einzelnen Weiterbildungsstätten richtet sich nach dem Umfang der vermittelten Weiterbildungsinhalte.

Anrechenbare Weiterbildungszeiten:

Bis zu 12 Monate einer Weiterbildung

- in Toxikologie und Ökologie

bis zu 6 Monate einer Weiterbildung

- im Öffentlichen Gesundheitswesen
- in Arzneimittelinformation
- in Klinischer Pharmazie

4. Fachgebiet: Toxikologie und Ökologie

Toxikologie und Ökologie ist das Fachgebiet der Pharmazie, das die arzneistoff-toxikologischen, chemisch-toxikologischen, umwelt-toxikologischen und forensisch-toxikologischen Untersuchungen sowie mit diesen im Zusammenhang stehenden analytischen Methoden zur Untersuchung der Pharmakokinetik und klinisch-chemische Methoden zum Nachweis von Stoffen umfasst. Dies schließt Kenntnisse über ökologische Gleichgewichte und deren Störung durch umweltschädigende Substanzen ein.

Weiterbildungsziele:

Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse, der Erfahrungen und Fertigkeiten, insbesondere

- in Toxikologie und allgemeiner Pharmakologie,
- in der Entwicklung, Anwendung und Bewertung toxikologisch-analytischer Verfahren,
- in der Erfassung, Quantifizierung und Bewertung der schädlichen Wirkungen von Fremdstoffen in geeigneten Modellsystemen unter definierten Bedingungen,
- in chemischen, biologischen und physikalischen Analysemethoden,
- über Pharmakokinetik und Toxikokinetik,
- in Wirkungen und Auswirkungen der die ökologischen Gleichgewichte beeinflussenden Stoffe,
- in der Entwicklung geeigneter analytischer Methoden zur Feststellung ökologischer Störfaktoren,
- in der Interpretation von Untersuchungsergebnissen und der Erstellung von Gutachten,
- in Maßnahmen zur Beseitigung gesundheitsschädlicher Stoffe sowie zur Risikoverminderung,
- in den betreffenden Rechtsgebieten.

Weiterbildungszeit und -ort:

36 Monate in Weiterbildungsstätten für das Fachgebiet Toxikologie und Ökologie, z.B. entsprechend ausgestatteten Universitätsinstituten, Laboratorien der Industrie und anderen Untersuchungsstellen einschließlich des Besuchs der von der Kammer vorgeschriebenen Weiterbildungsveranstaltungen. Ein Wechsel der Weiterbildungsstätte ist nur dann erforderlich, wenn die Zulassung der Weiterbildungsstätte eingeschränkt ist.

Anrechenbare Weiterbildungszeiten:

Bis zu 12 Monate einer Weiterbildung

- in Pharmazeutischer Analytik oder
- in Pharmazeutischer Analytik und Technologie

5. Fachgebiet: Arzneimittelinformation

Arzneimittelinformation ist das Fachgebiet der Pharmazie, das die Erarbeitung, Sammlung, Aufbereitung, Bewertung und Weitergabe von Erkenntnissen zur Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit von Arzneimitteln an unterschiedliche Zielgruppen umfasst.

Weiterbildungsziele:

Erwerb und Weiterentwicklung eingehender Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen, so dass der Fachapotheker für Arzneimittelinformation:

- wissenschaftliche Daten und Informationen über Arzneistoffe und Arzneimittel sammelt, diese bewertet, die Ergebnisse zielgruppenspezifisch aufbereitet und sie weitergibt,
- die Anforderungen, den Aufbau und die inhaltliche Gestaltung von standardisierten Arzneimittelinformationen wie Gebrauchsinformation, Fachinformation, Kennzeichnung und öffentliche Beurteilungsberichte kennt,
- die grundlegenden Anforderungen an das Design, die Planung und Durchführung klinischer Studien sowie biometrische Methoden zur Auswertung klinischer Studien kennt,
- klinische und epidemiologische Studien, Meta-Analysen, systematische Reviews und medizinische Leitlinien interpretiert und deren Qualität und wissenschaftliche Evidenz beurteilt,
- die rechtlichen Grundlagen der Arzneimittelzulassung, unterschiedliche Zulassungsverfahren, den grundsätzlichen Aufbau des Zulassungsdossiers sowie die grundlegenden regulatorischen Anforderungen zum Nachweis der Qualität, Unbedenklichkeit und Wirksamkeit eines Arzneimittels sowie Maßnahmen zur Aufrechterhaltung bzw. Änderung der Zulassung kennt,
- die Grundlagen von GxP kennt, insbesondere Good Manufacturing Practice (GMP), Good Clinical Practice (GCP), Good Clinical Laboratory Practice (GCLP), Good Laboratory Practice

(GLP), Good Pharmacovigilance Practice (GVP) und Good Distribution Practice (GDP),

- den Aufbau des nationalen und internationalen Risikomanagement-Systems sowie die Methoden und Verfahren zur Erfassung und Bewertung von Arzneimittelrisiken kennt,
- unterschiedliche Formen, Zielstellungen und den Anwendungsbereich pharmakoökonomischer und anderer Studien zur Nutzenbewertung von Arzneimitteln kennt und deren Qualität bewertet.
- Der Fachapotheker kennt Methoden zur Ermittlung des therapeutischen Bedarfs für neue Arzneistoffe, für die Wirkstoffentwicklung sowie für den pharmazeutischen Entwicklungsprozess neuer Arzneimittel.
- Der Fachapotheker kann Arzneimittel von anderen Produktgruppen wie Medizinprodukten, Nahrungsergänzungsmitteln, diätetischen Lebensmitteln, Kosmetika und Bioziden abgrenzen.
- Der Fachapotheker kennt die gesetzlichen Grundlagen für Medizinprodukte, deren Einstufung und Klassifizierung, die Voraussetzungen für den Marktzugang einschließlich der klinischen Prüfung, das Vigilanzsystem für Medizinprodukte sowie die Mechanismen der Preisbildung und Erstattung.
- Der Fachapotheker kennt die Grundzüge des Projektmanagements zur Planung, Überwachung, Steuerung und zum Abschluss von Projekten im Zusammenhang mit Arzneimitteln.

Weiterbildungszeit und -ort:

36 Monate in geeigneten Einrichtungen der Arzneimittelinformation einschließlich des Besuchs der von der Kammer vorgeschriebenen Weiterbildungsveranstaltungen.

Als Weiterbildungsstätten kommen in Frage:

- Krankenhausapotheken,
- pharmazeutische Betriebe,
- wissenschaftliche Einrichtungen,
- Behörden und andere Institutionen,

soweit diese nachweislich die Weiterbildungsziele vermitteln können.

Die jeweils anererkennungsfähige Weiterbildungszeit an den einzelnen Weiterbildungsstätten richtet sich nach dem Umfang der vermittelten Weiterbildungsinhalte.

Ein Wechsel der Weiterbildungsstätte ist dann erforderlich, wenn die Zulassung der Weiterbildungsstätte eingeschränkt ist.

Anrechenbare Weiterbildungszeiten:

Bis zu 12 Monate Weiterbildung in allen anderen Fachgebieten der Weiterbildungsordnung.

6. Fachgebiet: Öffentliches Gesundheitswesen

Öffentliches Gesundheitswesen ist das Fachgebiet der Pharmazie, das pharmazeutische Kenntnisse im Zulassungswesen, Tätigkeiten in der Untersuchungspraxis sowie Überwachungspraxis umfasst, die der Erkennung arzneimittelbezogener Gesundheitsgefahren und der Beurteilung der Beseitigungsmöglichkeiten dienen. Dies schließt arzneimittel-, medizinprodukt-, apotheken-, betäubungsmittel-, heilmittelwerbe-, gefahrstoff- und verwaltungsrechtliche Inhalte ein.

Weiterbildungsziele:

Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten, insbesondere

- über den Aufbau und die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens von Bund und Ländern,
- in der Sammlung, Aufbereitung und Bewertung pharmazeutischer Informationen,
- in der Anwendung und Weiterentwicklung einschlägiger Rechtsnormen,
- in der Anwendung und Weiterentwicklung internationaler Regelungen und Beteiligung an der internationalen Zusammenarbeit,
- in der Beurteilung der Qualität in der Entwicklung, Herstellung, Prüfung und im Verkehr befindlicher Ausgangsstoffe, Arzneimittel und Medizinprodukte,
- in der Überwachung der Betriebe und Einrichtungen, in denen Arzneimittel entwickelt, hergestellt, geprüft, gelagert, verpackt, klinisch geprüft, in den Verkehr gebracht werden oder sonst mit ihnen Handel getrieben wird,
- in der Überwachung nach dem Medizinproduktegesetz,
- in der Beurteilung von Zulassungsunterlagen,

- in der Erfassung und Bewertung und Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Arzneimittelsicherheit,
- in der Überwachung der Werbung auf dem Gebiet des Heilmittelwesens,
- in der Überwachung des Betäubungsmittelverkehrs,
- im Arzneimittel-, Medizinprodukte-, Apotheken-, Betäubungsmittel-, Heilmittelwerbe- und Gefahrstoffrecht,
- im Verwaltungsrecht und in Staatskunde und weiteren für das Gesundheitswesen wesentlichen Rechtsvorschriften,
- in Methoden der Pharmakoökonomie, Epidemiologie und Statistik,
- im Umgang mit EDV und Medien sowie in Informations- und Kommunikationstechniken,
- in der spezifischen Beratung im Zusammenhang mit den genannten Aufgaben, insbesondere von Trägern anderer öffentlicher Einrichtungen,
- in der Förderung und Unterstützung von Ausbildungs-, Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Weiterbildungszeit und -ort:

36 Monate in einer geeigneten Einrichtung des öffentlichen Gesundheitswesens einschließlich des Besuchs von Seminaren. Als Weiterbildungsstätten kommen Landesgesundheitsbehörden, Bundesgesundheitsbehörden, Sanitätseinrichtungen der Bundeswehr, Arzneimitteluntersuchungsämter, Gesundheitsämter sowie die Landesapothekerkammer in Frage, soweit diese die Weiterbildungsziele vermitteln können. Ein Wechsel ist nur erforderlich, wenn die Zulassung der Weiterbildungsstätte eingeschränkt ist.

Anrechenbare Weiterbildungszeiten:

Bis zu 12 Monate Weiterbildung in allen anderen Fachgebieten der Weiterbildungsordnung.

SCHWERPUNKTE

1. Schwerpunkt Diabetes

Die Schwerpunktweiterbildung Diabetes umfasst aufbauend auf der Fachapothekerweiterbildung Allgemeinpharmazie die Pharmazeutische Betreuung von Patienten mit Diabetes mellitus.

Weiterbildungsziele:

Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten, insbesondere in

- Physiologie und Pathophysiologie
- Klinik des Diabetes mellitus
- Diagnostische Methoden: Theorie und Praxis
Gerätekunde / Messmethoden / Screening
- Pharmakotherapie
- Nichtmedikamentöse Maßnahmen
- Pharmazeutische Betreuung
- Spezielle Kommunikation
- Anleitung zum Selbstmanagement

Weiterbildungszeit und -ort:

6 Monate in einer zur Weiterbildung im Schwerpunkt Diabetes zugelassenen Weiterbildungsstätte sowie der Besuch der von der Kammer zugelassenen Seminare mit mind. 36 Seminarstunden und eines dreitägigen Praktikums in einer Diabetesklinik oder Schwerpunktpraxis sind nachzuweisen. Während der Weiterbildung ist eine Projektarbeit anzufertigen, die die Dokumentation der Pharmazeutischen Betreuung von drei Patienten über 6 Monate umfassen muss. Der Nachweis der erforderlichen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten findet durch ein Fachgespräch statt.

BEREICHE

1. Prävention und Gesundheitsförderung

Die Zusatzbezeichnung „Prävention und Gesundheitsförderung“ umfasst den Bereich der Aufklärung, Information und Beratung der Bevölkerung in Fragen der Prävention und Gesundheitserhaltung. Der Apotheker soll durch die Weiterbildung befähigt werden, in der Prävention und Gesundheitsförderung als sachkundiger und unabhängiger Berater des Bürgers aufzutreten. Der Bereich befasst sich

mit Maßnahmen, um Krankheiten, Gesundheitsprobleme oder ungewollte gesundheitliche Entwicklungen zu verhindern sowie individuelle Kompetenzen und gesundheitsfördernde Strukturen aufzubauen, um Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung zu ermöglichen und damit zur Stärkung Ihrer Gesundheit zu befähigen.

Weiterbildungsziele:

Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse, der Erfahrungen und Fertigkeiten, insbesondere

- über gesundheitliche Ressourcen und Risiken sowie Einflussfaktoren auf die Gesundheit
- über die Ziele, Ansätze und Strategien der Prävention und Gesundheitsförderung
- über Theorien und Modellen zur Beeinflussung des Gesundheitsverhaltens
- in der Umsetzung der Theorien und Modelle zur Verhaltensbeeinflussung und die Planung von Interventionen
- über gesundheitsfördernde und präventive Maßnahmen

Gleichzeitig sind rhetorische, didaktische und pädagogische Kenntnisse und Fertigkeiten zu erwerben:

- in der Gesprächs- und Diskussionsführung
- in der Gestaltung von Vorträgen und Referaten
- in der adressatengerechten Vermittlung von Informationen

Weiterbildungszeit und -ort:

Der Besuch der von der Kammer zugelassenen Seminare ist nachzuweisen (80 Stunden). Im Rahmen der Seminarreihe ist eine theoretische Aufgabe zu bearbeiten.

2. Ernährungsberatung

Die Zusatzbezeichnung „Ernährungsberatung“ umfasst den Bereich der Beratung der Bevölkerung in Ernährungsfragen und zielt darauf ab, die Entstehung und Manifestation ernährungsabhängiger Erkrankungen zu verhindern, in ihrer Entwicklung günstig zu beeinflussen oder eine Verschlechterung zu vermeiden. Sie dient damit der Gesundheit des einzelnen Menschen.

Weiterbildungsziele:

Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten, insbesondere in

- den gesetzlichen Grundlagen,
- Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz,
- Diätverordnung,
- Höchstmengenverordnung u. a.,
- der Ernährungslehre und Diätetik,
- Aufgaben der Ernährung,
- Bestandteile der Nahrung,
- Prinzipien der Speisezubereitung,
- Durchführung von Ernährungsanalysen einschließlich quantitativer Berechnung,
- Erstellung von Diätplänen,
- spezielle Diätformen bei Stoffwechselerkrankungen,
- besondere Ernährungsformen,
- den Wechselwirkungen von Arzneimitteln und Nahrungsmitteln,
- der vorbeugenden Ernährungsberatung,
- der Gesprächsführung und speziellen psychologischen Aspekten der Ernährungsberatung.

Weiterbildungszeit und -ort:

Der Besuch der von der Kammer zugelassenen Seminare ist nachzuweisen (100 Stunden). Im Rahmen der Seminarreihe ist eine theoretische Aufgabe zu bearbeiten.

3. Onkologische Pharmazie

Die Zusatzbezeichnung „Onkologische Pharmazie“ umfasst den Bereich, der sich mit der Beratung und der Arzneimittelversorgung des Tumorpatienten befasst. Die Onkologische Pharmazie umfasst ebenso die klinisch-pharmazeutische Beratung des onkologisch tätigen Arztes und der Angehörigen anderer Heilberufe, die Bewertung von Informationen auf dem Gebiet der Onkologie, die sachgerechte, patientenindividuelle Herstellung sowie die sachgerechte Handhabung der Tumorthapeutika.

Weiterbildungsziele:

Erwerb eingehender Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen, so dass der in diesem Bereich weitergebildete Apotheker

- Tumorpatienten betreut und Ärzte, Pflegende und weitere Angehörige der Heilberufe sowie An- und Zugehörige im Rahmen der Tumorthherapie berät,
- für die qualitätsgesicherte, patientenindividuelle Herstellung von Zytostatika-Zubereitungen unter Beachtung der erforderlichen Maßnahmen zum Mitarbeiter-, Arbeits- und Produktschutz verantwortlich ist,
- Informationen auf dem Gebiet der Onkologie recherchiert, bewertet, erstellt, kommuniziert und dokumentiert,
- an der Planung und Durchführung klinisch-onkologischer Studien mitwirkt.

Weiterbildungszeit und -ort:

12-monatige Tätigkeit in einer zur Weiterbildung für Onkologische Pharmazie geeigneten Einrichtung mit eigener Zytostatika-Herstellung, sowie des Besuchs von mindestens 100 Seminarstunden. Als geeignet gelten Einrichtungen, deren Betreiber bestätigt hat, dass die durch den Ausschuss für Apotheken, Arzneimittelwesen und Medizinprodukte der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesgesundheitsbehörden erarbeitete Richtlinie für die Herstellung applikationsfertiger Zytostatikalösungen in Apotheken (Zytostatikarichtlinie) in der jeweils geltenden Fassung beachtet wird. Der Besuch der von der Kammer zugelassenen Seminare ist nachzuweisen.

Praxisanforderungen:

- Beurteilung und Überprüfung von mindestens 300 Zytostatika-Zubereitungen,
- Herstellung von mindestens 100 Zytostatika-Zubereitungen,
- Erstellung von mindestens drei Patientenprofilen nach SOAP-Schema, wovon zwei ein Beratungsgespräch mit einem Patienten umfassen müssen,
- Bearbeitung und Dokumentation von fünf ausgewählten Anfragen zur zytostatischen Therapie aus unterschiedlichen Themenbereichen inklusive Angabe der verwendeten Quellen,
- Erstellung eines Patienteninformationsblatts,
- Planung und Durchführung von mindestens einer Schulungs- oder Fortbildungsveranstaltung zu einem Thema der onkologischen Pharmazie.

Der Nachweis der erforderlichen Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten findet durch ein Fachgespräch statt.

4. Homöopathie und Naturheilkunde

Die Zusatzbezeichnung „Homöopathie und Naturheilkunde“ umfasst den Bereich der Beratung zu Arzneimitteln der besonderen Therapierichtungen. Ziel ist es, die Beratung der Bevölkerung zu Fragen der Naturheilkunde und Homöopathie durch Apothekerinnen und Apotheker zu optimieren. Sie dient der Gesunderhaltung im Sinne einer Vorbeugung und der Behandlung von Krankheiten im Rahmen der Selbstmedikation. Dem zunehmenden Interesse der Bevölkerung an Naturheilmitteln ist durch sachkundige Information und Beratung in den Apotheken Rechnung zu tragen.

Weiterbildungsziele:

Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten, insbesondere

- in der Herstellung und sachgerechten Anwendung von Arzneimitteln besonderer Therapierichtungen,
- in Phytotherapie,
- in Homöopathie,
- in Ernährung mit Bezug auf die Naturheilkunde,
- Grundlagen der physikalischen Therapie,
- in verwandten Heilsystemen (Anthroposophie, Spagyrik, Homotoxinlehre, Isopathie, Biochemie nach Schüßler, Komplexmitteltherapie),
- in weiteren Therapieansätzen (Bach-Blüten-Therapie, Aromatherapie, Traditionelle Chinesische Medizin, Ayurveda-Medizin, Hildegard-Medizin),
- in anderen Verfahren (ausleitende Verfahren, Enzymtherapie, mikrobiologische Immunstimulation, Grundprinzipien der Akupunktur).

Weiterbildungszeit und -ort:

Der Besuch der von der Kammer zugelassenen Seminare ist nachzuweisen (100 Stunden). Im Rahmen der Seminarreihe ist eine theoretische Aufgabe zu bearbeiten.

5. Geriatrische Pharmazie

Die Zusatzbezeichnung „Geriatrische Pharmazie“ ist der Bereich der Pharmazie, der die Begleitung und Optimierung des gesamten Medikationsprozesses für geriatrische Patienten umfasst. Hierzu werden Risikopotenziale in der Arzneimittelversorgung identifiziert und Empfehlungen für die Modifikation des Medikationsprozesses erarbeitet. Darüber hinaus werden arzneimittelbezogene Probleme der geriatrischen Patienten durch ein nachhaltiges Medikationsmanagement identifiziert, gelöst und verhindert, um die Versorgung der Patienten zu verbessern und Folgekosten im Gesundheitswesen einzusparen. Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt der Geriatrischen Pharmazie ist die Arzneimitteltherapiesicherheit (AMTS) älterer Menschen.

Weiterbildungsziel

Erwerb und Weiterentwicklung eingehender Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen, so dass der weitergebildete Apotheker

- arzneimittelbezogene Probleme erfasst, analysiert, löst und verhindert und die Arzneimittelversorgung geriatrischer Patienten hinsichtlich der Wirksamkeit, Sicherheit, Rationalität, und Wirtschaftlichkeit mittels Methoden der Klinischen Pharmazie und des Qualitätsmanagements (QM) verbessert,
- den Medikationsprozess in unterschiedlichen Versorgungsstrukturen qualitätsgesichert begleitet und optimiert einschließlich der Identifikation, Lösung und Prävention einrichtungsbezogener Medikationsfehler,
- die medizinisch-pharmazeutischen, sozialen und ökonomischen Bedeutungen akuter und chronischer Erkrankungen im Alter, insbesondere im Hinblick auf arzneimittelassoziierte Erkrankungen, einschätzt,
- Fortbildungsmaßnahmen für Ärzte, Pflegepersonal, pflegende Angehörige und Patienten plant und durchführt,
- seine Dienstleistungen in Apotheken, Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen und ambulanten Versorgungseinrichtungen anbietet und im interdisziplinären Team mit Ärzten, Pflegepersonal und Angehörigen zusammenarbeitet.

Weiterbildungszeit und -ort:

12-monatige Tätigkeit in einer zur Weiterbildung für Geriatrische Pharmazie geeigneten Einrichtung einschließlich des Besuchs von mindestens 100 Seminarstunden und eines dreitägigen Praktikums in

einem Pflegeheim oder auf einer Station mit geriatrischem Schwerpunkt eines Krankenhauses. Einer der drei Praktikumstage kann wahlweise in einer anderen geeigneten stationären oder ambulanten Versorgungseinrichtung absolviert werden.

Während der Weiterbildungszeit ist eine Projektarbeit anzufertigen, die folgende Nachweise umfassen muss:

- die Ergebnisse einer Stationsbegehung in einem Pflegeheim oder einer geeigneten geriatrischen Station eines Krankenhauses zur Detektion einrichtungsbezogener Probleme in der Arzneimittelversorgung,
- die Dokumentation einer Schulung des Pflegepersonals die die detektierten einrichtungsbezogenen Probleme des Arzneimittelversorgungsprozesses im Pflegeheim oder auf der geriatrischen Station eines Krankenhauses aufgreift und Vorschläge zur Optimierung und Umsetzung entwickelt,
- die Ergebnisse der klinisch-pharmazeutischen Beurteilung arzneimittelbezogener Probleme bei zwei geriatrischen Patienten.

6. Infektiologie

Die Zusatzbezeichnung „Infektiologie“ umfasst den Bereich der Pharmazie, der sich mit der Behandlung und Prävention von Infektionserkrankungen beschäftigt. Im Mittelpunkt steht dabei die Pharmakotherapie mit Antiinfektiva sowie Strategien zur Sicherung eines rationalen Antiinfektivaeinsatzes.

Weiterbildungsziele:

Erwerb und Weiterentwicklung eingehender Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen, so dass der weitergebildete Apotheker

- Ärzte, Pflegepersonal und Patienten zum pharmakotherapeutischen Einsatz der Antiinfektiva berät. Dies umfasst die geeignete Substanzwahl in Abhängigkeit von Substanzeigenschaften, Krankheitsbild sowie Erreger und Infektionstyp. Der weitergebildete Apotheker erarbeitet patientenindividuelle Dosierungsschemata, bewertet arzneimittelbezogene Probleme und gibt Hinweise zum Umgang mit diesen.
- einrichtungsbezogene Hygienestandards nach Maßgabe der gesetzlichen und normativen Regelungen bewertet. Er erkennt mögliche Übertragungswege wichtiger Infektionserreger in der Einrichtung und schlägt Maßnahmen zur Infektionsprävention insbesondere im Rahmen der

Applikation von Arzneimitteln vor. Der weitergebildete Apotheker berät Ärzte, Pflegepersonal und Patienten im Umgang mit Desinfektionsmitteln und über den Einsatz von Wirkstoffen zur Dekolonisation.

- ABS-Strategien zur Sicherung einer rationalen Antibiotika-Anwendung im Krankenhaus kennt und diese anwendet.
- zielgruppenspezifische Techniken der Kommunikation anwendet. Der weitergebildete Apotheker plant und führt Schulungs- und Informationsmaßnahmen unter Kenntnis der Vor- und Nachteile verschiedener Schulungsformate und unter Auswahl geeigneter Inhalte, Methoden und Medien durch. Er plant und leitet Sitzungen effektiv und zielorientiert.

Weiterbildungszeit und -ort:

12-monatige Tätigkeit in einer zur Weiterbildung Infektiologie geeigneten Einrichtung, insbesondere Krankenhäuser und krankenhausesversorgende öffentliche Apotheken sowie des Besuchs von mindestens 100 Seminarstunden.

Während der Weiterbildungszeit ist eine Projektarbeit anzufertigen, die folgende praktische Aufgaben umfasst:

- Optimierung der Antiinfektiva-Dosierung für 5 Patienten auf Grundlage patienten-spezifischer Daten inkl. Therapeutischem Drug Monitoring,
- Teilnahme an der Stationsvisite oder am infektiologischen Konsildienst und Entwicklung von 5 patientenindividuellen Vorschlägen zur antiinfektiven Arzneimitteltherapie zu unterschiedlichen Organinfektionen,
- Erfassung, Bearbeitung und Dokumentation von 5 ärztlichen und/oder pflegerischen Anfragen zur antiinfektiven Arzneimitteltherapie und
- Durchführung einer Antiinfektiva-Verbrauchsanalyse mit Kommentierung.

Aus den Ergebnissen dieser Aufgaben ist ein Optimierungskonzept zur Sicherung einer rationalen Antiinfektiva-Verordnung für die Einrichtung zu erarbeiten.

7. Medikationsmanagement im Krankenhaus

Die Zusatzbezeichnung „Medikationsmanagement im Krankenhaus“ ist der Bereich der Pharmazie, der die individuelle arzneimittelbezogene und kontinuierliche Betreuung der Krankenhauspatienten sowie die Beratung der für die stationäre Behandlung verantwortlichen Ärzte und Pflegekräfte umfasst. Dazu bewerten und optimieren Apotheker auf Station als Teil eines interprofessionellen Teams die individuelle Arzneimitteltherapie fortlaufend im Hinblick auf deren Zweckmäßigkeit, Wirksamkeit, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und die Adhärenz der Patienten.

Der Weiterbildungsbereich „Medikationsmanagement im Krankenhaus“ umfasst darüber hinaus die Begleitung des gesamten Arzneimittelversorgungsprozesses und die nahtlose arzneimittelbezogene Versorgung der Patienten an den Schnittstellen des Krankenhausaufenthaltes durch Apotheker auf Station, die damit zur Erhöhung der Arzneimitteltherapie- und Patientensicherheit im Krankenhaus beitragen.

Weiterbildungsziel

Erwerb und Weiterentwicklung eingehender Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen, so dass der weitergebildete Apotheker

- sich als Mitglied eines interprofessionellen Teams versteht und Mitverantwortung für die Arzneimitteltherapie und die Arzneimittelsicherheit im Krankenhaus übernimmt,
- die individuelle Medikation der Patienten unter Anwendung seiner Kenntnisse zur evidenzbasierten und leitliniengerechten Arzneimitteltherapie sowie unter Einbeziehung diagnostischer Parameter und pharmakokinetischer Daten fortlaufend bewertet und optimiert,
- arzneimittelbezogene Probleme identifiziert und priorisiert und im Austausch mit den verantwortlichen Teammitgliedern sowie dem Patienten angemessene Maßnahmen zur Optimierung der Arzneimitteltherapie einleitet, die Umsetzung/den Erfolg dieser Maßnahmen verfolgt und ggf. nachsteuert,
- für die nahtlose Versorgung der Patienten mit allen benötigten Arzneimitteln bzw. arzneimittelbezogenen Informationen an den Schnittstellen des klinischen Aufenthalts sorgt und zur reibungslosen Überleitung der Patienten in die ambulante Versorgung beiträgt,

- Patienten individuell und arzneimittelbezogen während ihres Krankenhausaufenthalts betreut, notwendigen Unterstützungsbedarf erkennt und Patienten und ihre Angehörigen zu Fragen der Arzneimitteltherapie berät und schult,
- Schwachstellen des gesamten Arzneimittelversorgungsprozesses des Krankenhauses erkennt und alle beteiligten Berufsgruppen bei der Verordnung, Beschaffung, dem sachgerechten Umgang und der risikofreien Anwendung von Arzneimitteln berät, schult und unterstützt,
- maßgeblich an der Erstellung und Implementierung hausinterner Leitlinien und Standards zur Arzneimitteltherapie beteiligt ist,
- erfolgreich unterschiedliche Kommunikationstechniken im Umgang mit Patienten, ihren Angehörigen sowie Ärzten und Pflegekräften auf Station anwendet,
- unterschiedliche Strategien zur Stärkung seiner Resilienz einsetzt, um mit belastenden Situationen umgehen zu können,
- Methoden der Selbstreflexion anwendet.

Voraussetzung zum Erwerb der Bezeichnung

Weiterbildungsabschluss als Fachapotheker für Klinische Pharmazie oder Nachweis der Anmeldung zur Weiterbildung „Klinische Pharmazie“.

Weiterbildungszeit und Durchführung

12-monatige Tätigkeit in einer zur Weiterbildung geeigneten Einrichtung (Krankenhäuser, Krankenhausapotheken, krankenhausversorgende öffentliche Apotheken) unter verantwortlicher Leitung eines von der Kammer ermächtigten Apothekers, einschließlich des Besuchs von mindestens 100 Seminarstunden.

Während der Weiterbildungszeit sind nachweislich 150 Stunden klinisch-pharmazeutische Tätigkeiten auf Station sowie eine dreitägige Hospitation abzuleisten. Die Hospitation erfolgt in einem Krankenhaus, in dem klinisch-pharmazeutische Dienstleistungen und die Tätigkeiten von Apothekern auf Station etabliert sind, und das nicht die Arbeitsstätte des Weiterzubildenden ist. Ferner sind zehn Patientenfälle aus mindestens fünf verschiedenen medizinischen Fachrichtungen zu bearbeiten. Die Dokumentation der Fallbearbeitungen ist in einer Projektarbeit zusammenzustellen.